

Alpine Montangesellschaft.

Wien, 14. April.

Heute vormittag fand unter Vorsitz des Präsidenten Wilhelm Kestranek im Saale der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft die 37. ordentliche Generalversammlung der Alpine Montangesellschaft statt, zu der von 39 Aktionären 141.674 Aktien hinterlegt wurden, die 5666 Stimmen repräsentieren. Die Generalversammlung, der als landesfürstlicher Kommissär Ministerialrat Otto Kostly beizuhilfen, war von 19 Aktionären besucht, die 140.875 Aktien mit 5635 Stimmen vertraten. Zum Schriftführer wurde Generalsekretär Dr. Felix Sussan, zu Protokollanten und Stimmzählern die Herren Rudolf Weinberger und Direktor Dr. Hermann Erben bestimmt.

Der vom Generaldirektor Oscar Rothbauer zur Verteilung gebrachte Geschäftsbericht über das Jahr 1918 bespricht die Produktions- und Rentabilitätsverhältnisse des abgelaufenen Jahres auf Grund der bekannten Mängel und äußert sich über die Aussichten des heutigen Jahres folgendermaßen: „Leider muß vorerst mit einem weiteren Rückgang gerechnet werden. Die ständig steigenden, ins Unermessliche anwachsenden Kosten, die fortgesetzte empfindliche Verknappung aller Betriebsstoffe, die immer wiederkehrenden Lohnbewegungen, die für die Frachtauslagen und die ganz beträchtlichen Löhne, welche die Beschaffung der Lebensmittel für unsere Arbeiter wiederum erforderlich, nötigen uns zu wiederholten Erhöhungen unserer Verkaufspreise. Gleichwohl hatte diese Maßnahme in Anbetracht des unzureichenden Absatzes nicht vermocht, dem Anstiegen der Löhne die Wagchale zu halten. Bedauerlicherweise zeigen die Erzeugungskosten auch weiter eine unausgesetzt steigende Tendenz, indem wir allenthalben so auch bei uns ein weiteres rapides Anwachsen der Auslagen, vornehmlich der Lohnkosten, zu beobachten ist. Wie müssen hierbei auch auf die eingetretene Verkürzung der Arbeitszeit hinweisen, eine Maßnahme, welche bei dem herrschenden Mangel an Arbeitskräften an sich die Anwerbung von Arbeitern außerordentlich schwierig gestaltet muß und uns, zumal auch die Untertünfte für eine das ehemalige Ausmaß überschreitende Arbeiterzahl naturgemäß nicht vorhanden und derzeit auch kaum zu schaffen sind, ernste Sorgen bereitet.“

Ueber die Vermehrung des Aktienkapitals wird folgendes berichtet: Der Erlös der Kapitalerhöhung wird dazu bestimmt sein, die durch die vollzogenen Investitionen und durch die Erhöhung der Vorräte entstandene schwebende Schuld, welche derzeit über fünfzig Millionen beträgt, zu tilgen und wenigstens teilweise die Mittel für die diversen in Angriff genommenen Investitionen bereitzustellen. Wie glauben wir mit Ihnen darin in Übereinstimmung zu befinden, daß die Tilgung einer schwebenden Schuld in genanntem Umfang vom Gesichtspunkte einer geordneten wirtschaftlichen Situation unserer Gesellschaft aus ein Gebot der Notwendigkeit ist, und gehen uns der Erwartung hin, daß die Generalversammlung unseren bezüglichen Antrag genehmigen wird, für welchen Fall die Durchführung der Kapitalerhöhung durch ein Nebereinkommen mit der Niederösterreichischen Eisengießerei bereits gesichert erscheint. Der diesbezügliche Antrag lautet nach dem Geschäftsbericht: Die Generalversammlung wolle beschließen: Das Grundkapital der Oesterreichisch-Alpinen Montangesellschaft wird um 18 Millionen Kronen durch Ausgabe von 90.000 Stück neuen, voll eingezahlten, auf den Inhaber und den Nominalbetrag von 200 Kronen lautenden Aktien erhöht. Die neuen Aktien haben an den Erträgen der Gesellschaft vom 1. Januar 1919 ab zu partizipieren. Der Verwaltungsrat wird ermächtigt, die neu auszugehenden 90.000 Aktien den bisherigen Aktionären zu einem Mindestkurse von 700 Kronen per Stück plus laufender Stückzinsen zum Bezuge anzubieten und alle sonstigen Modalitäten festzustellen. — In der Generalversammlung wurde der Antrag dahin geändert, daß die neuen Aktien den Aktionären unter den vom Verwaltungsrate festzustellenden Modalitäten zum Bezuge angeboten werden sollen.

Nachdem Herr Max Voglmayr den Bericht des Revisionsausschusses erhalten hatte, erteilte Aktionär Eduard Horowitz um Aufklärung über die zu erwartende Sozialisierung und Enteignung.

Generaldirektor Oscar Rothbauer über die Sozialisierung.

Generaldirektor Rothbauer: Den Herren ist bekannt, daß augenblicklich die Sozialisierungs-Gesetze von den einzelnen Unterabteilungen der Sozialisierungskommission beraten werden. Diese Sozialisierungsgesetze sollen unmittelbar nach dem der Nationalversammlung vorgelegt werden. Ob die Alpine Montangesellschaft sozialisiert werden wird oder nicht, weiß ich nicht; mir hat bis heute niemand eine darauf bezügliche Äußerung gemacht, ich habe auch keinen Anlaß, mich diesbezüglich zu erkundigen, ich kann es erwarten. Ich habe in den Zeitungen gelesen, daß angeblich Staatssekretär Dr. Bauer sich privat dahin geäußert haben soll, man denke jedenfalls daran, die Alpine Montangesellschaft zu sozialisieren. Ob aber diese Nachricht auf Wahrheit beruht oder nicht, weiß ich nicht. Aus eigener Erfahrung kann ich nur folgendes mitteilen: Wir hatten vorgestern im Staatsamt für Handel und Industrie, Gewerbe und Bauten im Zusammenhang mit den Herren bekannten Donawitzer Sozialisten eine Verhandlung, der auch Staatssekretär Dr. Bauer zu dem Zwecke beizuhilfen, um den Donawitzer Hüttenarbeitern und den Seegrabener Hüttenarbeitern planmäßig zu machen, daß man sich eine Sozialisierung nicht in der Form denkt, wie sich sie die Arbeiter nach vorstellen. Die Seegrabener und Donawitzer Arbeiter haben nämlich, wie die Herren ja gelesen haben werden, ein Direktorium eingesezt und sich eingebildet, sie haben damit schon sozialisiert. In rauer Weise haben sie vom Bezirkshauptmann in Donawitz verlangt, es möge die Staatssekretäre Dr. Bauer und Dr. Schumpeter hundertkommen, um die Sache formell in Ordnung zu bringen. Unterstaatssekretär Dr. Ellenbogen hat mir schon vorher angekündigt, daß er die Absicht habe, den Verhandlungen mit den Arbeitern und Angestellten den Staatssekretär Dr. Bauer zuzuleiten. Das ist auch geschehen. Staatssekretär Dr. Bauer hat den Arbeitern auseinandergesetzt, so geht die Sache nicht, das ist keine Sozialisierung. Die Regierung will wohl vor der Sozialisierung eine Demokratisierung der Betriebe vornehmen, die im Wege der Einführung von Betriebs-

Beiräten oder Betriebsräten erfolgen soll. Ein Gesetzesentwurf, der diese Betriebsräte einführen soll, befindet sich in einer Unterabteilung der Sozialisierungskommission in Beratung und soll ebenfalls unmittelbar nach dem dem der Nationalversammlung kommen. Das ist eine vorbereitende Maßnahme, nicht für die Alpine Montangesellschaft allein, sondern für die gesamte Industrie, die im Wege der Einführung von Betriebsräten demokratisiert werden soll. Staatssekretär Dr. Bauer hat sich weiter dahin geäußert, daß der Moment, wann sozialisiert werden soll, noch nicht gekommen ist, sondern daß abzuwarten sein wird, wann dieser Augenblick eintreten wird. Insbesondere hat er darauf hingewiesen, daß es der Industrie heute an Kohle und Holz fehlt, daß die Betriebsverhältnisse heute vollständig wirre sind, und daß man erst den Eintritt halbwegs normaler Verhältnisse abwarten muß, ehe man daran denken kann, zu sozialisieren. Mit keinem Worte hat er sich darüber geäußert, daß das auf die Alpine Montangesellschaft zu beziehen wäre, er hat den Arbeitern nur im allgemeinen gesagt, es gehe nicht so schnell, wie sie sich es vorstellen, es müssen zuerst die Gesetze herauskommen, dann wird der geeignete Moment abgemartet werden. Mehr kann ich im Augenblick nicht sagen. Man hat mir weder offiziell noch inoffiziell etwas mitgeteilt.

Sinngemäß der Erhöhung des Aktienkapitals gibt landesfürstlicher Vertreter Ministerialrat Otto Kostly namens der Regierung die Erklärung ab, daß gegen die Erhöhung des Aktienkapitals kein grundsätzlicher Einwand erhoben wird. Hierauf wird der Bericht des Verwaltungsrates über den Geschäftsbetrieb zustimmend zur Kenntnis genommen, die Bilanz pro 1918 genehmigt und dem Verwaltungsrat einstimmig die Entlastung erteilt. Ebenso werden die Anträge des Verwaltungsrates bezüglich des Reingewinnes und der Erhöhung des Aktienkapitals ohne Debatte einstimmig genehmigt. Bei den vorgenommenen Wahlen wurden die ausscheidenden Funktionäre wiedergewählt.

Oesterreichische Berg- und Hüttenwerksgesellschaft.

Wien, 14. April.

Die Oesterreichische Berg- und Hüttenwerksgesellschaft versendet folgende Mitteilung:

In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates der Oesterreichischen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft wurde die Bilanz für das Geschäftsjahr 1918 zur Vorlage gebracht. Sie ergibt nach Abschreibungen an den Anlagewerten im Betrage von 10.444.786 K. gegen 10.234.236 K. im Vorjahre einschließlich des Gewinnvortrages vom Vorjahre per 311.946 (235.751) K. einen Reingewinn von 8.716.628 (12.720.412) K.

Es wurde beschlossen, der ordentlichen Generalversammlung den Antrag zu stellen, eine Dividende von 56 K. per Aktie gegen 88 K. im Vorjahre zur Verteilung zu bringen, dem Reservefonds der Angestellten der Gesellschaft so wie im Vorjahre 1.000.000 K. zu überweisen und den nach den statutenmäßigen Zuweisungen an den Reservefonds und nach Bezahlung der Lantimen erübrigenden Rest von 316.160 K. auf neue Rechnung vorzutragen.

Da sämtliche Betriebsstätten der Gesellschaft außerhalb Deutschösterreichs im Gebiete der tschechoslowakischen und polnischen Republik liegen, wird eine Sitzverlegung der Gesellschaft unabweichlich. Der Verwaltungsrat hat deshalb beschlossen, den Sitz nach Mährisch-Odrau zu verlegen. Die erforderlichen Statutenänderungen werden der Generalversammlung vorgelegt werden.

Das Gewinn- und Verlustkonto zeigt im Vergleich mit dem Vorjahre den folgenden Stand:

	1918	gegen 1917
Einnahmen:		
Gewinnvortrag	311.946	+ 76.195
Betriebsüberschüsse der Berg- und Hüttenwerke	34.958.455	+ 3.827.944
Summe der Einnahmen	35.270.402	+ 3.704.139
Ausgaben:		
Generalkosten	3.654.630	+ 1.679.235
Darlehenszinsen	1.330.000	—
Zinsen	1.245.061	+ 917.654
Steuern und Gebühren	3.791.390	+ 1.735.221
Sozialpolitische Linsen und Pensionen	6.087.975	+ 3.165.262
Abschreibungen	10.444.786	+ 310.549
Summe der Ausgaben	26.653.774	+ 7.707.928
Summe der Einnahmen	35.270.402	+ 3.704.139
Reingewinn	8.716.628	+ 4.003.784

Die Generaldirektion hat anlässlich der Vorlage der Bilanz auch nähere Angaben über die Produktionsverhältnisse und die sonstige allgemeine Lage des Unternehmens sowie über die Entwicklung der Materialpreise gemacht. Diese Daten sind die folgenden:

	Produktionen:		Prozent
	1918	gegen 1917	
Kohle	25.160.800	4.903.200	16,3
Stolz	6.491.317	1.395.966	17,7
Rohbenzol usw.	56.850	10.259	15,3
Schwef. Ammoniak	52.989	19.796	26,8
Teer	196.850	48.320	19,7
Kohlerze	1.050.508	34.473	3,3
Wohlfels	1.719.177	268.759	13,5
Zugot	1.546.639	388.140	20,1
Wahlfabrikate	1.132.106	242.902	17,6
Güterwaren	218.660	77.070	26,1
Eisenkonstruktionen und Werkstättenprodukte	254.497	97.618	27,7

Durchschnittliche Materialpreise:

	1918		gegen 1917		Prozent mehr
	1918	gegen 1917	1918	gegen 1917	
Grubenholz	90.—	86.—	12,60	384	
Eisenzerze	25.—	10,63	4,88	412	
Maschinenöl	220.—	128.—	21,20	928	
Magnesit	27,50	18,23	5,85	370	
Eisenerz	139,30	62,57	26,57	424	

Ebenso wurde seitens des Generaldirektors erwähnt, daß die Löhne per Kopf und Jahr im Jahre 1918 1100 K. per Arbeiter betragen hätten und daß im Durchschnitt des Jahres 1918 einschließlich der Preisnachlässe bei den angegebenen Lebensmitteln die für das Vorjahr allein 39.370.000 K. betragen, ein Betrag von 4376 K. per Kopf und Jahr zur Auszahlung gelangte. Zum Schlusse des Jahres 1918 hat sich dieser Wert auf über 7000 K. erhöht. Die Gesellschaft teilt weiter folgendes mit: Während vor dem Ende Oktober 1918

eingetretenen Umsturz trotz außerordentlicher Schwierigkeiten der Betriebsführung noch verhältnismäßig günstige Verhältnisse bestanden, haben sich diese in den letzten drei Monaten des Vorjahres ganz außerordentlich verschlechtert. Der Zerfall in einzelne Nationalstaaten, die sich gegenseitig absperrten, die unbestimmten Gebietsgrenzen zwischen dem tschechoslowakischen und polnischen Staate, die tiefgreifende Vernichtung der Arbeiter aus nationalen Gründen beeinträchtigten die Geschäftstätigkeit in einem solchen Maße, daß ein einigermaßen verlässliches Urteil über die Aussichten der Zukunft nicht gefällt werden kann. Insbesondere erfahren die Beschäftigten wegen der sprunghaften Steigerung der Löhne, der Lebensmittel und der sonstigen Betriebsstoffe eine solche fortgesetzte Erhöhung, daß es fast unmöglich ist, die Verkaufspreise mit den Beschäftigten in Einklang zu bringen. Besonders schwierig gestaltet sich auch die Versorgung der Werke mit den wichtigsten Roh- und Betriebsstoffen, vor allem mit Erzen und Magnesit. Dem finanziellen Stand am Jahreschlusse zeigt die folgende Aufstellung der Bilanz.

	1918	gegen 1917
Aktiven:		
Grundbesitz und Grundanlagen	4.461.843	+ 52.256
Abschreibungen	13.105.353	+ 953.709
Betriebs- und Wohngebäude	22.227.380	+ 94.654
Maschinen und Werkbohrungen	29.807.174	+ 1.709.262
Vorräte	35.979.669	+ 15.996.804
Kassa	1.079.232	+ 517.619
Effekten	11.182.659	+ 5.161.267
Debitoren	47.203.176	+ 9.513.199
Summe der Aktiven	165.046.439	+ 23.675.638
Passiven:		
Aktienkapital	49.000.000	—
Darlehen	32.000.000	—
Reservefonds A	4.440.000	+ 650.000
Reservefonds B	14.837.235	—
Kreditoren	60.947.087	+ 27.014.443
Unbezogene Dividenden	15.488	+ 14.980
Reingewinn	8.716.628	+ 4.003.784
Summe der Passiven	165.046.439	+ 23.675.638

Die Investitionen wurden nur im unumgänglich notwendigen Maße weitergeführt. Insgesamt wurden hierfür 13.254.667 K. vorausgabt. Da andererseits 10.444.786 K. abgeschrieben wurden, beträgt die Erhöhung der Anlagevermögen 2.809.881 K.